

Von: "mail@deutscherlaufhausverband.de" <mail@deutscherlaufhausverband.de>

Datum: 11.12.2022 15:05
Betreff: PRESSEMITTEILUNG -Entscheidung über Leonhardsviertel ohne Bürger?-

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Schreiben erhalten Sie unsere Pressemitteilung vom 11.12.2022 in der Hoffnung, dass diese bei Ihnen auf Interesse stößt.

Gerne stehen wir Ihnen zu weiteren Rückfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Verband deutscher Laufhäuser e.V.
-Für Transparenz in der Prostitution-

John Heer
-Vorstand-

Anschrift
Weberstr, 11 B
70182 Stuttgart

Kontakt:
Telefon: +49 711 - 72 69 66 44
Telefax: +49 711 - 72 69 66 46
Handy: +49 172 - 99 00 407
Mailadresse: mail@deutscherlaufhausverband.de
Homepage: www.deutscherlaufhausverband.de

PRESSEMITTEILUNG

11.12.2022

Entscheidung über Leonhardsviertel ohne Bürger

Am 14. Dezember will die Verwaltung das Ende der Amüsiermeile in der Altstadt durchsetzen. Zwei Petitionen mit 1000 Unterzeichnern werden ignoriert. Baubürgermeister Pätzold bricht sein Versprechen, einen Runden Tisch zu veranstalten und läutet so das Ende der Bürgerbeteiligung ein. Fraktionen, die sich bisher den Argumenten der Hilfsträger, wie Caritas oder Altpietisten, für den Erhalt des Viertels in seiner jetzigen Form anschlossen, sollen mittels eines Deals gefügig gemacht werden.

Der Plan der Verwaltung, alle Vergnügungsstätten aus dem Leonhardsviertel zu entfernen, geht in die finale Phase. An diesem Mittwoch, 14. Dezember, tritt ein nicht-öffentlicher Unterausschuss des Gemeinderats zusammen, um die letzten Absprachen zu treffen. Wie aus dem Gemeinderat durchdringt, hat die Verwaltung folgenden Plan: Fraktionen, die sich bisher aus guten Gründen gegen die Verbannung des Rotlichts aus dem Viertel ausgesprochen hatten, sei ein Deal angeboten worden. Sollten die Kommunalpolitiker einem neuen Bebauungsplan zustimmen, bekämen sie im Gegenzug die Zusicherung einer Milieuschutzsatzung. Diese soll angeblich einer Gentrifizierung des Viertels vorbeugen, wenn nach Willen der Verwaltung aus den bisherigen Vergnügungsstätten im Zuge der IBA neue Wohnungen gemacht werden.

Das Mittel, um dies zu erreichen ist die Neufassung der Bebauungspläne für das Leonhardsviertel. Diese sollen angeblich noch im Dezember 2022 dem Gemeinderat vorlegt werden. Hauptsächlich geht es hierbei um die Frage, ob in diesem Viertel die legale Prostitution mit ihren legal Betrieben überhaupt noch stattfinden soll. Eine Verdrängung der bisher legalen Prostitution aus dem Viertel hätte jedoch weitreichende Folgen für die Prostituierten. Sie würden nicht nur ins Dunkel der illegalen und unsicheren Straßen- oder Wohnungsprostitution verdrängt werden. Sie wären auch dem Einflussbereich der Hilfsstrukturen entzogen. Nicht zuletzt deshalb warnten Vertreter der Caritas, der AIDS-Hilfe, der Alt-Pietisten (Hoffnungshaus), der Drogenberatungsstellen und des Gesundheitsamtes davor, die Prostitution aus dem Viertel zu Verbannen. Das hätte, so der allgemeine Tenor, weitreichende Folgen für die Sicher- und Gesundheit der Frauen und Männer. Um dieses Meinungsbild zu kippen, hat die Verwaltung nun angeblich in intensiven Gesprächen versucht, die Träger auf Linie der Verwaltung zu bringen.

Verband deutscher Laufhäuser e.V.

Weberstr. 11 b in 70182 Stuttgart

Tel.: 0049 711-72696644

Handy: 0049 172-9900407

Mail: mail@deutscherlaufhausverband.de

Homepage: www.deutscherlaufhausverband.de

Pressemitteilung 11.12.2022 -B-Plan Stuttgart, Leonhardsviertel-

Grundlage für die ganze Diskussion war die Gemeindedrucksache (GRDRs/840/2021) vom 6.12.2021, die im Bezirksbeirat Mitte keine Mehrheit gefunden hatte. Hinter dem Bestreben, die Prostitution zu verbannen, steht mit Wort und Tat Bezirksvorsteherin Veronika Kienzle. Sie sucht nicht nur politische Mehrheiten in ihrem Gremium, sondern auch bei der Bürgerschaft im Viertel. Doch letzteres misslang Kienzle. Bei einer digitalen Versammlung am 14.1.2022 hatte sie nur handverlesene Bürger eingeladen. Der Presse war entgegen deren eindringlichem Wunsch der Zutritt verweigert worden. Dennoch verkündete Kienzle anschließend, im Namen aller Bürger zu sprechen. Die geringe Anzahl der beteiligten Bürger begründete sie mit deren mangelndem Interesse. Tatsächlich wurde jedoch nur ein knappes Dutzend Bürger eingeladen. Dennoch hat sich an diesem Abend eine klare Mehrheit gegen die Pläne der Stadt und Veronika Kienzle ausgesprochen. Als die Bezirksvorsteherin das klare Votum gegen den Bebauungsplan umdeuten wollte, rügte sie der CDU-Fraktionsvorsitzende Alexander Kotz scharf mit den Worten: „Ich glaube sie waren auf einer anderen Veranstaltung.“

Die mangelnde Bürgernähe und Partizipation der Stadt sowie Veronika Kienzle schreibt weitere Kapitel. Am 8.6.2022 sicherte dann der Bürgermeister Peter Pätzold gegenüber der Stuttgarter Zeitung zu: **„Wir werden eine öffentliche, moderierte Veranstaltung machen, bei der wir über die verschiedenen Themen informieren. Dort wird es dann einen Austausch geben“.** Bis heute hat Peter Pätzold sein Versprechen nicht eingelöst. Im Gegenteil. Es wird hinter verschlossenen Türen politisch Stimmung gemacht. Mehr noch: Echte Bürgerbeteiligung wird bis heute im Rathaus ignoriert. Gemeint sind zwei unabhängige Petitionen zum Leonhardsviertel, bei denen sich 1000 Unterzeichner gegen den neuen Bebauungsplan ausgesprochen haben.

Während die Verwaltung bei Gesprächen hinter verschlossenen Türen ohne Transparenz und ohne Kenntnis der Bürger sehr aktiv ist, fehlen weiterhin Aussagen zu Alternativen für die Bordellbetriebe und deren Frauen, die man aus dem Viertel verdrängen will. Anstatt sich mit all den Betroffenen in diesem Viertel an einen Tisch zu setzen, machte die Stadt Politik über die Medien. Allerdings haben kaum Berichterstatter ihre journalistische Sorgfaltspflicht ernst und wahrgenommen, um mit den betroffenen selbst zu reden. Gemeint sind die Betroffenen. Die Bürger im Viertel, die Gewerbetreibenden und nicht zuletzt die Prostituierten. Auch die Möglichkeit, dies nach Einladung von den Bordellbetreibern nachzuholen, lehnten die meisten Kommunalpolitiker und Journalisten ab. Konkret ist ein Termin am 28.4.2022 gemeint. John Heer hatte den gesamten Gemeinderat und Bezirksbeirat sowie eine große Zahl an Journalisten eingeladen. Gekommen sind nur vier Kommunalpolitiker.

Damit fehlt es bis heute nicht nur an einer öffentlichen politischen Debatte über die Zukunft des Leonhardsviertel, auch die sonst so hoch geschätzte und gelobte Bürgerbeteiligung an solchen Prozessen gibt es schlicht nicht. Sollte nun also tatsächlich im stillen Kämmerlein über das „Bonbon“ (Milieuschutzsatzung) das Ende des Leonhardsviertel in seiner aktuellen Form beschlossen werden, wäre die ein einzigartiger Vorgang in der jüngeren Geschichte der Stuttgarter Stadtpolitik. Mandatsträger würde gegen ihre Überzeugung und wider aller Fakten der Hilfeträger und die Einbeziehung der Bürger entscheiden.